



Uster, 18. Dezember 2018
Nr. 527/2018
V4.04.71

Anfrage 527/2018 von Wolfgang Harder (CVP):

Untere Farb – Verwaltungsvermögen - Bau und Betrieb einer Schenke als Staatsaufgabe?

Aufgrund des Stimmrechtsrekurses gegen das Ergebnis der Volksabstimmung vom 21. Mai 2017 ist die «Untere Farb» vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen zu verschieben. Liegenschaften im Verwaltungsvermögen dienen unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung.

Der Stadtrat will die «Untere Farb» der Kernzone zuweisen. Kernzonen dienen gemäss Gesetz der der Erhaltung oder Erweiterung bestehender Stadt- und Dorfkerne oder einzelner Gebäudegruppen mit besonderen, von der Grundordnung abweichender Bauvorschriften, die dem Zonenzweck Rechnung tragen (§ 50 PGB). Die Zone dient vor allem Denkmalschutzanliegen.

Im Testplanungsverfahren wurde die Frage, wie die «Untere Farb» in Zukunft genutzt werden soll, unter anderem wie folgt beantwortet: «Die Substanz dieses Zeitzeugen ist sorgfältig und fachgerecht zu renovieren. Ergänzend soll eine extensive Nutzung gesucht werden, welche mit der Substanz kompatibel ist. Mut zur Leere und Sorgfalt bei der Wahl der Nutzung ist gefragt, da im Umfeld bereits sehr viel passiert.

Der Stadtrat will in der «Unteren Farb» das Stadtarchiv und eine Schenke einbauen, damit die Anlage durch die Bevölkerung genutzt werden kann.

Wie soll mit diesen Widersprüchen umgegangen werden?

Ich stelle dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Gibt es für den Bau und Betrieb einer Schenke, die im Verwaltungsvermögen der Stadt Uster einzuordnen sind, eine gesetzliche Legitimation? Ist es die Aufgabe der Stadt Uster, im Stadtpark eine Schenke zu bauen und zu betreiben?
2. Aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage erachtet der Stadtrat den Bau eines Archivs und einer Schenke in der Kernzone „Untere Farb“ als zulässig?
3. Wie lässt sich der geplante Bau einer Schenke und eines Archivs mit den Ergebnissen des Testplanverfahrens von 2011 vereinbaren?



4. Gibt es eine Vorabklärung, ob eine Schenke in diesen Räumen die Auflagen der Feuerpolizei, der Gewerbepolizei und der Lebensmittelpolizei erfüllen könnte bzw. mit welchem finanziellen Aufwand zu rechnen wäre, um diese Vorschriften einzuhalten?
5. Hat die Stadt seit der Abstimmung Mai 2017 mit Gastronomen oder anderen Fachleuten Abklärungen getroffen, ob eine Schenke in diesem Räumen wirtschaftlich sinnvoll betrieben werden kann? Wenn ja, ist die Stadt bereit, diese Informationen öffentlich zu machen?
6. Zu welcher Jahreszeit soll die Schenke betrieben werden?
7. Wer trägt den finanziellen Aufwand für den Unterhalt und den Betrieb der Schenke, wenn diese nicht gewinnbringend betrieben werden kann?

Besten Dank für die Beantwortung der Fragen.

Uster, 18. Dezember 2018

Wolfgang Harder (CVP)